

Beschluss des Landtages Brandenburg

Verockerung der Spree - Gefahren für die Fließgewässer und den Spreewald eindämmen

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 70. Sitzung am 24. Januar 2013 zum TOP 1 folgende EntschlieÙung angenommen:

„Der Landtag stellt fest:

Die sogenannte Verockerung (Braunfärbung) der Spree und anderer Fließgewässer in der Lausitz ist, wie auch die Anreicherung von Sulfat im Grund- und Oberflächenwasser, in großen Teilen das Ergebnis des Braunkohleabbaus insbesondere in den vergangenen Jahrzehnten, der notwendigen großflächigen Grundwasserabsenkungen sowie der damit verbundenen Eisensulfid-Verwitterung. Die Ursache für den bergbaubedingten Stoffeintrag in die Spree liegt vornehmlich in den ehemaligen Tagebaukippen im Freistaat Sachsen. Über die Spree werden sowohl Eisen als auch Sulfat als Fracht in Richtung Brandenburg transportiert, wobei die Talsperre Spremberg als Auffangbecken für den Großteil des Eisenrückhalts eine wichtige Funktion übernimmt.

Die Belastung der Spree und weiterer Fließgewässer in der Lausitz durch Eisenhydroxid hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Ein am 8. Januar 2013 in Spremberg vorgestelltes Gutachten der Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) kommt zu dem Ergebnis, dass die Belastung der Fließgewässer und des Grundwassers ein historisches Ausmaß erreicht hat. Es wird von einer weiteren Zunahme der Konzentration und einer anhaltenden Belastung auch für die kommenden Jahrzehnte ausgegangen.

Gemäß dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg kann die Einleitung Eisen-II-haltiger Wässer zur direkten Verarmung der aquatischen Fauna und zur Beeinflussung der Flora in den Gewässern führen. Eisenhydroxid kann in hoher Konzentration bei Fischen zum Verkleben der Kiemen und durch Abdeckung der Gewässersohle und der Gewässerböschungen bei Fließgewässern zur Verschlechterung der Lebensbedingungen der Bodenorganismen und der Fische (Verlust der Laichplätze und Nahrungsquellen) führen. Des Weiteren beeinträchtigt die Verockerung der Spree das aquatische Ökosystem im Biosphärenreservat Spreewald und damit den Tourismus in der gesamten Spreewaldregion, der die Einkommensquelle für viele Familien und Spreewaldkommunen ist.

In besonderer bergbaulicher Verpflichtung steht hierbei die LMBV für die vor 1989 in Anspruch genommenen Bergbauflächen und ihre Sanierung. Ziel der Maßnahmen der Bergbausanierung und des aktiven Bergbaus muss es sein, diese Belastung soweit wie möglich zu reduzieren sowie ihre Folgen zu mindern.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich im Steuerungs- und Budgetausschuss dafür einzusetzen, dass Maßnahmen zum Schutz der Fließgewässer vor Eisenhydroxid- und Sulfateintrag eine höhere Priorität beigemessen wird;
2. in enger Kooperation mit der sächsischen Staatsregierung dafür einzutreten, dass die LMBV in Auswertung der vorliegenden Gutachten kurzfristig Maßnahmen zur Verringerung des Stoffeintrags und zur Reinigung des Wassers umsetzt;
3. Sofortmaßnahmen einzuleiten, die die weitere Verockerung reduzieren können, wie die Wiederinbetriebnahme und den Neubau von Grubenwasserreinigungsanlagen, die Bewirtschaftung der Talsperre Spremberg und Maßnahmen zum Rückhalt des Eisenhydroxids vor dem Spreewald;
4. dafür Sorge zu tragen, dass das Netz von Messstellen für Eisenverbindungen und Sulfat in der Spree und dem potenziell gefährdeten Einzugsbereich bei Bedarf verdichtet wird;
5. sich gegenüber dem Bund für eine Anpassung der Baggergutrichtlinie/Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung sowie für die damit verbundene Verwertung und Beseitigung der Schlämme aus der Nassausbaggerung einzusetzen;
6. einen einheitlichen Ansprechpartner als Beauftragten der Landesregierung zu benennen;
7. größtmögliche Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit hinsichtlich der geplanten Maßnahmen und der zugrunde liegenden Umweltdaten zu gewährleisten. Dazu soll mit Bürgerinitiativen wie dem Aktionsbündnis „Klare Spree“ Vertretern der zuständigen Behörden und betroffenen Kreise, Kommunen und Verbände regelmäßig getagt werden;
8. darauf hinzuwirken, dass alle Studien zur Verockerung und Sulfatbelastung der Spree, die vom Land Brandenburg oder der LMBV in Auftrag gegeben wurden und Ergebnisse des Gewässermonitorings zur Beobachtung der Eisen- und Sulfatbelastung im Internet veröffentlicht werden.

Die Landesregierung wird gebeten, über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen, den Finanzierungsbedarf und die getroffene Vorsorge für den aktiven Bergbau dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landtages Brandenburg im III. Quartal 2013 schriftlich zu berichten."



Fritsch
Der Präsident